



Regierungsratsbeschluss vom 01. September 2026

Eidgenössisches Departement des Innern EDI; Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV); Umsetzung der Motion 11.3811 Darbellay "Rechtslücke in der Unfallversicherung schliessen"; Vernehmlassung

P260784

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Departement des Innern (EDI).

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst die Vernehmlassungsvorlage zur Revision der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV). Mit den vorgeschlagenen Ausführungsbestimmungen wird die vom eidgenössischen Parlament am 26. September 2025 beschlossene Revision des Unfallversicherungsgesetzes (UVG) konkretisiert, mit welcher in Erfüllung der Motion 11.3811 Darbellay eine Lücke im Versicherungsschutz bei Rückfällen und Spätfolgen von im Jugendalter erlittenen, damals nicht UVG-versicherten Unfällen geschlossen wird. Der Regierungsrat hat bereits der zugrunde liegenden Gesetzesänderung zugestimmt. Er erachtet die nun vorgeschlagenen Ausführungsbestimmungen der UVV als zielführend zur Umsetzung dieser Revision.

